



FOKUS

— GRUPPE GEGEN
RECHTSPOPULISMUS



SOZIALE UNGLEICHHEIT UND SPALTUNG: DIE AFD NIMMT VON DEN ARMEN UND GIBT DEN REICHEN



1

• Entgegen ihrer Selbstdarstellung, steht die AfD bei sozialpolitischen Themen nicht an der Seite der Beschäftigten oder Geringverdienenden. Im Gegenteil: Die Hauptopfer der AfD-Politik wären eben diese Gruppen, also letztlich ein Großteil ihrer Wähler*innen. Die AfD steht für eine neoliberale Politik, mit der vor allem **sozialpolitische Errungenschaften abgeschafft** werden sollen. Sie wollte den (mit Blick auf die Inflation und gestiegenen Lebenshaltungskosten) Anstieg beim Mindestlohn verhindern, zu Corona-Zeiten lehnte sie die Sonderprämie für Beschäftigte in sogenannten systemrelevanten Berufen ab.

• Schaut man auf ihre konkrete Politik in den Parlamenten, so steht die AfD vor allem an der Seite von Millionären und Superreichen. Sie stimmt konsequent für deren Interessen, indem ihr **Programm zu einer Umverteilung von unten nach oben** führt. Sie lehnt die Vermögenssteuer für Multimillionäre ab, will die Erbschaftssteuer auf riesige Vermögen gänzlich abschaffen und trat im Bundestag für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die verbliebenen reichsten zehn Prozent der Bevölkerung ein. Auf die Frage, wie denn die daraus entstehende Finanzlücke des Staates geschlossen werden solle, antwortete ihre Fraktionsvorsitzende Alice Weidel: "Durch Einsparungen! Bei Arbeit und Soziales kann man einsparen!" (Deutscher Bundestag Protokoll 19. Wahlperiode, 20. Sitzung, S. 1626)

Beispiel: Mit keiner anderen Partei würden Familien mit einem Jahreseinkommen von bis zu 55.000 Euro weniger Einkommenszuwächse haben. Gleichzeitig würden mit keiner anderen Partei Familien mit einem Jahreseinkommen von über 300.000 Euro mehr Einkommenszuwächse haben. Mehr hier: Studie des DIW Berlin: „Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen“



www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox__die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html

FOKUS
— GRUPPE GEGEN
RECHTSPOPULISMUS

DIE AFD ALS PARTEI FÜR DEN “KLEINEN MANN”? KEINE MASSNAHMEN ZUR ENTLASTUNG DES GELDBEUTELS



2

Die AfD stellt sich als “Partei für den kleinen Mann” dar, hat aber keine oder gegenteilige Ideen, wie man die Bürger*innen finanziell entlasten kann. Das zeigt sich an zwei wichtigen Preistreibern für die Breite der Gesellschaft, nämlich Miete und Energiekosten:

- Hohe Inflationsraten sind kein deutsches Alleinstellungsmerkmal, sondern betreffen als Folge diverser Krisen ganz Europa. Diese Darstellung der AfD entspricht daher nicht den Tatsachen.

- Familien mit geringen Einkommen und Facharbeiter*innen ächzen unter den steigenden Mieten. Anstatt an einer sozialeren Gestaltung des Mietrechts mitzuarbeiten, lenkt die AfD komplett vom eigentlichen Problem ab, indem sie eine nicht existierende Konkurrenzsituation zwischen Deutschen und Geflüchteten aufmacht. Ihre Lösung: Statt staatlich gefördertem Wohnungsbau, wollen die Rechten den Mietmarkt komplett dem Markt überlassen. Das ist eben das Problem: Weil der Staat sich zu lange rausgehalten hat, ist es zu einem Mangel an bezahlbarem Wohnraum gekommen. Der Markt hat in den letzten Jahren Renditeinteressen klar über die Belange der Menschen gestellt. Es sind zahlreiche Luxuswohnungen entstanden, die sich viele Kolleg*innen nicht leisten können. Zudem stehen maximale Mieterhöhungen in keinem Verhältnis zu den geringen Investitionen in die Instandhaltung.

- Die AfD fordert explizit günstigere Strompreise – ihr aktuelles EU-Wahlprogramm bietet aber keine Lösung für dieses Problem. Stattdessen soll auch hier der Markt ungezügelt walten können: Die Unterstützung der für die sichere Grünstromversorgung essenziellen Erneuerbaren Energien soll eingestellt werden, u.a. indem die Förderung für Solar- und Windenergie vollständig gestrichen wird. Stattdessen möchte die AfD vollständig auf Kernkraft setzen. Somit wird sowohl die Grundlastfähigkeit als auch die weitergehende Etablierung erneuerbarer Energien am Markt zu wettbewerbsfähigen Preisen verhindert. Atomkraft käme außerdem zu spät und ist viel zu teuer: Das englische Kernkraftwerks Hinkley Point C kommt nun min. 6 Jahre zu spät mit fast doppelten Mehrkosten (38 Mrd. €) und der seit 12 Jahren geplante französische Reaktor Flamville 3 kostet nun statt 3,3 Mrd. €, 13,2 Mrd. €. Zudem stellt sich die AfD gegen jegliche transeuropäische Infrastruktur u.a. in Energiefragen. Jeder Staat solle seine Stromversorgung selbst sicherstellen. Somit würde das Angebot verknappt, eine echte Gefahr für eine sichere Energieversorgung würde entstehen, was zudem zu höheren statt niedrigeren Strompreisen führen würde.



INDUSTRIEPOLITISCHE IRRWEGE: KEINE MODERNISIERUNG MIT DER AfD



3

In ihrem Bundestagswahlprogramm nannte die AfD als industriepolitisches Ziel die Wiederbelebung der Marktwirtschaft von Ludwig Erhard und die Schaffung von Wohlstand für alle. Aber: Konkrete Maßnahmen zur Schaffung von Wohlstand für alle finden sich in ihren Forderungen nicht. Das Gegenteil ist der Fall:

- Obwohl die AfD sich besonders wirtschaftsfreundlich gibt, bestehen große Sorgen auch in der deutschen Wirtschaft in Bezug auf diese Partei. Große Unsicherheit verbreiten insbesondere Bestrebungen über einen deutschen EU-Austritt. Als Exportnation profitiert Deutschland massiv vom freien Handel innerhalb der Europäischen Union. Die Folgen des Brexits sollten Deutschland ein mahnendes Beispiel sein. Die britische Wirtschaft verzeichnet als Folge des Brexits deutlich weniger Investitionen und das Bruttoinlandsprodukt ist gesunken. Bis heute nicht geschlossene Handelsabkommen sind zudem eine schwere Bürde für die Industrie.

- Die AfD widerspricht dem wissenschaftlichen Konsens über den menschengemachten Klimawandel und fordert u.a. auf dieser Grundlage die Einstellung sämtlicher Transformations- und damit letztlich der Modernisierungsprozesse der deutschen Industrie. Ohne diese Transformationsprozesse kann auch unsere Industrie keine Antworten auf die Herausforderungen der heutigen Zeit liefern. Wie viele andere Industrieländer befinden wir uns mitten im Prozess und können uns keine Vollbremsung leisten. Transformationsprozesse sind entscheidend für die Zukunft wettbewerbsfähiger Unternehmen und sicherer Arbeitsplätze. Mit ihrer Leugnung des menschengemachten Klimawandels ist die AfD sogar unter den rechten Parteien Europas allein auf weiter Flur.



UNSOZIALE RENTENREFORMEN: RENTE MIT 70 “DURCH DIE HINTERTÜR” DANK DER AfD



4

Die AfD betont immer wieder, sich für die Belange deutscher Rentner*innen einzusetzen. In ihrer Programmatik finden sich dagegen keine Inhalte, die die Situation deutscher Rentner*innen verbessert oder gar ein langfristig nachhaltiges Rentenkonzept.

- Die AfD fordert den Renteneintritt nach 45 Jahren Einzahlung in die Rentenkasse. Man könnte meinen, sie sind hier auf einer Linie mit Gewerkschaften und anderen Akteuren. Allerdings möchte sie hierbei **ein festes Renteneintrittsalter streichen**. 55% der Menschen in Deutschland bekommen diese 45 Jahre aufgrund von nicht angerechneten Lebensphasen (Schule, Studium, Arbeitslosigkeit) nicht bis zum 65. Lebensjahr voll. 40% müssten sogar bis weit über 70 hinaus arbeiten, um den Renteneintritt zu erreichen. Es geht hier nicht, wie bislang, um einen abzugsfreien Renteneintritt, sondern um den Rentenanspruch an sich. **Das Rentenprogramm der AfD führt daher entweder zu Altersarmut oder einer Rente mit 70** “durch die Hintertür”. Rentner*innen mit prekären Einkommen benutzt die AfD also hauptsächlich zur Hetze gegen Geflüchtete. Für die Sicherung des Rentensystems bräuchte es dagegen dementsprechend andere, ausgeglichene Ansätze. Der DGB fordert die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Schrittweise sollen alle Selbstständigen und alle Abgeordneten integriert werden, damit trotz des Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge die Einzahlungsseite stabilisiert wird. Weitere Forderungen sind ein verpflichtender Arbeitgeberbeitrag zur Betriebsrente und eine Dynamisierung der Einkommensgrenze, um sichere Betriebsrenten auszuweiten.

- Die AfD lehnt eine Stärkung des gesetzlichen Rentensystems ab. So sollen auch weiterhin Selbstständige und andere Berufsgruppen, wie z.B. Bundestagsabgeordnete, nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Sozialabgaben und Steuern sollen gesenkt werden – ein weiteres Geschenk an Reiche, das die Beschäftigten bezahlen müssen. Geringere Einnahmen von Staat und Rentenversicherung bedeutet eine **größere Notwendigkeit privater Vorsorge**, die Arbeitnehmer*innen teuer zu stehen kommt und hohe Einkommen bevorzugt (z.B. Kapitalrente).



KEINE KONKURRENZSITUATION DURCH GEFLÜCHTETE – DIE LÜGEN DER AFD IN DER VERTEILUNGSFRAGE



5

In ihrem Narrativ beschwört die AfD immer wieder eine Konkurrenzsituation zwischen Geflüchteten und Deutschen herauf, die so nicht existiert:

- Die Wahrheit ist, dass auch wenn Geflüchtete schlechter versorgt würden, kein Bürgergeld- Empfänger, Geringverdiener oder Normalverdiener mehr Geld in der Tasche hätte. Mit diesem “Strohmann-Argument” wird von wahren Ungerechtigkeiten in der Verteilungsfrage abgelenkt. Laut BMWK besitzen im Jahr 2023 die unteren 50 Prozent nur 2,3 Prozent am Gesamtvermögen in Deutschland, während die oberen 10 Prozent 61,2 Prozent besitzen. Es ist unvernünftig sozial schwache Gruppen gegeneinander auszuspielen und so von den wirklichen Problemen der Verteilungsfrage abzulenken. Geld ist im Prinzip genug da - würde es gerechter verteilt, könnten alle menschenwürdig leben.
- Entgegen der Darstellung der AfD erhalten Asylsuchende auch nicht mehr Geld als Deutsche, die arbeiten oder Sozialleistungen beziehen. Gemäß Asylbewerberleistungsgesetz sind ihre Grundleistungen deutlich geringer als das Bürgergeld und können massiv gekürzt werden. Erst nach 15 Monaten oder Bewilligung des Asylantrags können Geflüchtete Leistungen auf Bürgergeld-Niveau erhalten. Ihr Zugang zu medizinischer Versorgung ist ebenfalls eingeschränkt. Seit kurzem erhalten Geflüchtete ihre Leistungen in einigen Bundesländern in Form sogenannter Bezahlkarten.



VOLKSENTSCHEIDE NACH SCHWEIZER VORBILD – EINFALLSTOR FÜR POPULIST*INNEN WIE DIE AFD



6

Soziale Gerechtigkeit ist für uns Gewerkschafter*innen einer der Antriebe für unser Engagement. Die AfD arbeitet in die entgegengesetzte Richtung:

- Die AfD fordert die Einführung von Volksentscheiden nach Schweizer Vorbild. Hinter der Fassade von “mehr Demokratie” kann es **statt zu ausbalancierten Kompromissen, zu verkürzten ja/nein Entscheidungen kommen**, bei denen im äußersten Fall 49,9 Prozent der Stimmen nicht im Ergebnis repräsentiert würden. Aufgrund dieser verkürzten Entscheidungsfindung ist so Populist*innen und der Einflussnahme durch Falschinformationen der Weg geebnet. Als Beispiel hierfür ist der Brexit zu nennen. Argumente der Befürworter*innen wie wirtschaftliches Wachstum durch einen EU-Austritt Großbritanniens stellten sich als falsch heraus.
- In einer repräsentativen Demokratie sind dagegen Einzelmeinungen durch gewählte Repräsentant*innen in politischen Institutionen aller Ebenen vertreten. Dies führt dazu, dass verschiedene Interessen zu Kompromissen ausbalanciert werden und so möglichst viele Menschen repräsentieren. Zu bestimmten Themen, etwa **in der eigenen Kommune**, sind direkte Abstimmungen bereits gute Praxis und durchaus sinnvoll.
- Die Demokratie hält uns in Deutschland viele Möglichkeiten bereit, für die eigenen politischen Überzeugungen einzustehen. Jede*r hat die Möglichkeit, Partei- oder Gewerkschaftsmitglied zu werden, sich anderweitig in Vereinen oder natürlich im Betrieb zu engagieren. Anstatt das populistische Konstrukt der direkten Demokratie hochzuhalten, **sollten daher Gewerkschaften, Parteien und Vereine gestärkt werden**, die einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung der Demokratie in Deutschland leisten.



STARKE MITBESTIMMUNG IM BETRIEB – NICHT MIT DER AfD



7

Die AfD will vermeintlich den Menschen wieder eine Stimme geben und suggeriert damit, dass sie bisher nicht mitreden könnten. Wie sieht´s also konkret aus, wenn es um die Mitbestimmung am Arbeitsplatz geht, also unser gewerkschaftliches Kernanliegen?

- Die AfD will Gewerkschaften aus den Betrieben drängen. Im Bundestag lehnt sie alle Initiativen zur Stärkung von Sozialpartnerschaft und Tariftreue ab. Ihr arbeitsmarktpolitischer Sprecher stellte sogar die Stellung der Gewerkschaften im Tarifvertragsgesetz offen in Frage (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 224. Sitzung, S. 28525). Mit der AfD wird die **Mitbestimmung in den Betrieben geschwächt und fehlende Tarifbindung** würde prekärer Bezahlung von Arbeitnehmer*innen Tür und Tor öffnen. Eine “Flexibilisierung und Entschlackung des Arbeitsrechts” würde ebenfalls lang erkämpfte Vorteile für Arbeitnehmer*innen zunichte machen.
- Die rechtliche Ausweitung des Streikrechts, z.B. beim Billigflieger Ryanair, lehnt die AfD ab. Auch einer stärkeren Tarifbindung stellt sie sich in den Weg, beispielsweise indem ihr Landesverband in Baden-Württemberg fordert, die Pflicht, öffentliche Aufträge an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben, wieder abzuschaffen.
- Während die AfD versucht, die Mitbestimmung in den Betrieben zu untergraben und die Tarifbindung zu schwächen, arbeiten die demokratischen Parteien an einem Tariftreuegesetz, das gute Arbeitsbedingungen anreizt und Tarifbindung zur Bedingung macht. Auch die IGBCE und der DGB setzen sich für diese Stärkung der Mitbestimmung ein und fordern von der Bundesregierung eine zeitnahe Lösung.



ZURÜCK AN DEN HERD STATT IN VERANTWORTUNG – DAS FRAUBILD DER AfD



8

• Die AfD steht für ein Frauenbild aus längst vergangenen Zeiten. In ihren Forderungen wird **Frauen meist die Rolle als Hausfrau, Ehefrau oder Gebärende zuteil**. So fordert die Partei z.B. eine Gebärprämie als Motivation zum Kinder bekommen. In ihrem Konzept zur Sozialpolitik formuliert sie das Ziel von 2,1 Kindern pro deutschstämmige Frau. Außerdem will sie das Recht auf Abtreibung weitgehend einschränken. Nach vielen Jahrzehnten der Ungleichheit haben wir uns gesellschaftlich darauf geeinigt, dass jede Frau frei darüber bestimmen sollte, wie sie ihr Leben gestaltet – ob mit oder ohne Kind, eben wie die Männer auch. Das sollte nicht der Staat bestimmen und steht von Beginn an den gewerkschaftlichen Werten entgegen.

• Was der Staat aber machen kann, ist den Familien einen passenden Rahmen zu geben, so dass sie sich eben für Kinder entscheiden: Den Ausbau von Ganztagschulen, Kitas etc. lehnt die AfD aber ab. Eine solche Entlastung insbesondere von Frauen bezeichnet die AfD als Untergrabung der traditionellen Familie. Auch hier gilt: **Was Familie ist, sollte nicht zuerst der Staat bestimmen**. Wir als IGBCE wollen Frauen unterstützen, sich nicht zwischen Arbeit und Familie entscheiden zu müssen und sehen in ihnen auch einen Schlüssel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

• Gendern im Sprachgebrauch: Es gibt **kein Gesetz, das Gendern zur Pflicht macht**. Jedem und jeder steht es frei, Frauen und andere Geschlechter in seine Sprache mit aufzunehmen – so, wie wir es uns als Gewerkschaften zum Ziel gesetzt haben. Sprache an sich hat sich schon immer verändert und spiegelt gesellschaftliche Diskussionen wider.

• Während in anderen Parteien – und natürlich auch in Gewerkschaften - Frauen die Möglichkeit haben, sich in Frauenarbeitskreisen etc. einzubringen, erlaubt es die Satzung der AfD weiblichen Mitgliedern nicht, sich innerhalb der Partei zusammenzuschließen. Eine Frauenquote lehnt die Partei ebenfalls ab. Die große Mehrzahl der AfD-Mitglieder und Wähler*innen sind Männer.



AFD IN DER OPFERROLLE – DIE LAUTESTEN MUNDTOTEN DEUTSCHLANDS?



„Die AfD kommt in klassischen Medien nicht zu Wort“ – so hört man es häufig aus den Reihen der AfD. Die Realität sieht anders aus: Ob Tino Chrupalla bei Markus Lanz, Björn Höcke im Sommerinterview oder Beatrix von Storch bei Maybritt Illner, es gibt genügend Beispiele, die das widerlegen.

Die AfD hat ein gespaltenes Verhältnis zur Pressefreiheit und zu den Medien: Berichten sie nicht in ihrem Sinne, sind es Lügner. Fakt ist: Medien in Deutschland unterliegen einem scharfen Presserecht. Sie sind rechenschaftspflichtig. Jeder kann, wenn falsch über ihn berichtet wird, eine Gegendarstellung verlangen oder vor Gericht eine einstweilige Anordnung erwirken, die die Verbreitung von falschen Tatsachenbehauptungen untersagt. Im schlimmsten Fall müssen Medien Schadensersatz zahlen. Jede demokratische Partei akzeptiert, dass sie von Medien durchleuchtet und kritisiert wird. Denn da Parteien öffentliche Aufgaben wahrnehmen und öffentliche Mittel erhalten, müssen sie Rede und Antwort stehen.

Wer wie die AfD diese Form von Medien ablehnt und als „Lügenpresse“ diffamiert, will eine andere: Eine, die nicht mehr korrekter Berichterstattung verpflichtet und rechenschaftspflichtig ist, sondern ihren Auftraggeber*innen gehorcht.

In ihrer Selbstdarstellung unterstützt die AfD die Meinungsfreiheit. Die Realität sieht anders aus: Kritik wird abgebügelt – Kritiker*innen bedroht. AfD-Politiker*innen sprechen dann von Hetzkampagne, journalistischem Skandal oder schlicht einem Angriff gegen sich. Demonstrationen gegen Rechtspopulismus und die AfD werden dagegen als „gekauft“ oder „bestellt“ diskreditiert: „Zivilgesellschaft ist ein Tarnbegriff für staatlich organisierte Vorfeldorganisationen linker Parteien.“ (Dr. Gottfried Curio, AfD-MdB in seiner Rede zu einer aktuellen Stunde zum Demokratiefördergesetz, am 23.02.2024, Deutscher Bundestag)

Bei Medienformaten, in denen die AfD keine unmittelbare Kontrolle über die Inhalte hat, z.B. Berichte über Parteitage, müssen sich Journalist*innen von öffentlich-rechtlichen Sendern immer wieder ihren Zugang zu Parteitagungen vor Gericht einklagen. UND: Immer wieder werden Medien-Vertreter*innen bei der Berichterstattung über rechtsextreme Demonstrationen oder bei Veranstaltungen der AfD angegriffen.

Den seriösen Medien zieht die AfD Netzwerke wie Facebook, X oder TikTok vor, denn dort sind keine kritischen Nachfragen auf ihre populistischen Botschaften zu befürchten. Kommentare, die nicht gefallen, werden sofort gelöscht. Es können die absurdesten Behauptungen ohne Quellenangabe aufgestellt werden.

Andere Meinungen löschen statt Meinungsfreiheit – das ist der Traum der AfD.



FOKUS
— GRUPPE GEGEN
RECHTSPOPULISMUS

POLITISCHE NEUTRALITÄT? - NICHT MIT DER IGBCE!



10

Wenn wir uns als IGBCE politisch positionieren, wird zunehmen der Ruf laut, wir sollten uns ‚raushalten‘ und ‚politisch neutral‘ sein. Dabei wird politisch all zu oft mit parteipolitisch verwechselt:

- Gewerkschaften sind schon seit ihrer Entstehung politische Organisationen: Zuallererst im Kampf für die Rechte von Arbeiter*innen. Dann durch die Erfahrungen im Dritten Reich: Unsere Mitglieder, unsere Kolleg*innen wurden teils auf offener Straße verprügelt, getötet oder kamen im KZ ums Leben. Für uns als Gewerkschaftsbewegung ist daher Teil der DNA, es darf keine Diskriminierung aufgrund der Abstammung, Gewerkschaftszugehörigkeit, Glauben oder Geschlecht geben.
- Wir sind nicht neutral wie eine Verwaltung, sondern eine politische Organisation und **mischen uns ein im Betrieb, in gesellschaftliche Debatten und natürlich auch in Politik:** Wir suchen mit allen demokratischen Akteuren dieser Gesellschaft das offene und kritische Gespräch. Denn unsere Demokratie lebt von den vielen verschiedenen Stimmen und Diskussionen.
- Gleichzeitig: Wir **als IGBCE sind frei und unabhängig.** Dabei werden wir von einem stabilen Wertekompass geleitet, der sich aus unserer Satzung ergibt. Darin bekennen wir uns klar und unverrückbar zu den Grundsätzen der Demokratie. Unser gesamtes Handeln orientiert sich am solidarischen und respektvollen Miteinander, an sozialer Gerechtigkeit und dem Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus – am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.



<https://igbce.de/resource/lob/3388/809501c2c99552989020eb-f17e9ebc0c/satzung-data.pdf>

FOKUS
— GRUPPE GEGEN
RECHTSPOPULISMUS